

Berlin, den 30. November 2018

Filename: 20181127_14.19_Entwurf 5 Resolution.docx

Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der UOKG-Mitgliedsverbände auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung vom 24./25. November 2018 in Berlin, die wegen Äußerungen des Bundesvorsitzenden Dieter Dombrowski zum Verhältnis zur Partei DIE LINKE einberufen worden war, wurde Einigung über eine gemeinsame Resolution erzielt. Die von der Mitgliederversammlung gewählte Redaktionskommission hat den am 25. November vorliegenden Text auftragsgemäß überarbeitet. Wir legen Ihnen den Text vor, damit er in der Öffentlichkeit verbreitet werden kann.

Resolution der Mitgliedsverbände der UOKG

(1) Die Äußerungen des UOKG-Vorsitzenden, Dieter Dombrowski, in der Lausitzer Rundschau vom 17. August 2018 und im TV-Magazin Kontraste vom 13. September 2018 entsprechen nicht dem politischen Willen unserer Verbände. Die entstandenen Irritationen und Missverständnisse wurden ausgelöst, weil Dieter Dombrowski sich in Zukunft eine Annäherung an die Partei DIE LINKE hatte vorstellen können. Da die Partei DIE LINKE trotz mehrfacher Umbenennungen die direkte Nachfolgepartei der herrschenden SED ist, trägt sie die Verantwortung für die politischen Verbrechen, die in der DDR geschehen sind. Ihre Mitglieder, ob jung oder alt, müssen sich dieser Verantwortung stellen. Sie haben sich bis heute nicht glaubhaft entschuldigt oder Wiedergutmachung geleistet. Sie bedauern die Unterdrückung und überlassen die Aufarbeitung des kommunistischen Unrechtsregimes Anderen.

(2) Die Opfer der Gewaltherrschaft durch die SED in der DDR leiden noch heute in besonderer Weise unter den Folgen, denn die Diskriminierung, Verfolgung, Inhaftierung, unmenschliche Behandlung, sowie Folter und Brutalität in der DDR haben sie für ihr Leben gezeichnet und traumatisiert. Daran muss das Verhältnis unserer Verbände zur Partei DIE LINKE immer gemessen werden. Schon deshalb verbietet sich eine Kooperation. Der Umgang der UOKG mit der Partei DIE LINKE ist auf die sachorientierten Ziele gemäß dem Statut der UOKG zu beschränken. Das heißt: Die UOKG führt Gespräche mit Mitgliedern der Partei DIE LINKE ausschließlich in ihrer Eigenschaft als Träger eines auf demokratischem Wege erworbenen Amtes, das für die Aufarbeitung der Geschichte der SED-Diktatur und der Hilfe für deren Opfer einen konstruktiven Beitrag leisten kann und will.

(3) Der Bundesvorsitzende der UOKG, Dieter Dombrowski, hat wegen seiner Wortwahl bei den Interviews um Entschuldigung gebeten. Er saß selbst in politischer Haft, wurde durch die Bundesrepublik Deutschland freigekauft und setzt sich seitdem für die Verfolgten des SED-Regimes ein. Die Erfolge der UOKG der letzten Jahre zugunsten von SED-Opfern sind maßgeblich auf seine langjährige Erfahrung als Politiker zurückzuführen. Angesichts der Kritik aus den Mitgliedsverbänden am Bundesvorsitzenden Dombrowski während der offenen bis schmerzhaften Aussprache und seiner Bitte um Entschuldigung, rechnen wir damit, dass er sich weiterhin für die Rechte der Opfer des SED-Regimes einsetzen wird, deren Handeln auf den Grundwerten einer freiheitlichen und rechtsstaatlichen Demokratie beruht.

Für die Redaktion: Dr. Christian Sachse, wiss. Mitarbeiter der UOKG